

## GESICHT DER WOCHE

ANDREAS JUNG

## Ein Mann des Ausgleichs

Wenn sich die baden-württembergischen CDU-Bundestagsabgeordneten montags bei deftigem Essen und kühlem Rot-Wein-Bier in ihrer Berliner Landesvertretung treffen, geht es meistens hoch her. 38 Männer stehen fünf Frauen gegenüber, Liberale treffen auf Konservative und Herz-Jesu-Sozialisten. Noch nie war die Gruppe mit 43 Abgeordneten so groß wie in dieser Wahlperiode. Diese heterogene Versammlung zu Kompromissen zu führen, ist seit dieser Woche die Aufgabe des Konstanzers Abgeordneten Andreas Jung. In einer Kampfabstimmung um das Amt des baden-württembergischen Landesgruppenchefs setzte sich der 41-jährige Rechtsanwalt recht deutlich mit 24 zu 15 Stimmen gegen seinen Konkurrenten Thomas Barreiß von der Schwäbischen Alb durch. Er ersetzt Thomas Strobl, der seit einigen Wochen Innenminister in Stuttgart ist. Der ehrgeizige Andreas Jung, südbadischer Bezirksvorsitzender, hat sich so eine weitere Aufgabe aufgebürdet. Der ehemalige Fußball-Torhüter des VfR Stockach spielte schon in den baden-württembergischen Koalitionsverhandlungen eine wichtige Rolle, nicht wenige in der Partei trauen ihm in den nächsten Jahren eine steile Poli-



So mancher in der CDU traut Andreas Jung eine steile Politiker-Karriere zu.

FOTO: ZVG

tiker-Karriere zu. Als Klimaschutzbeauftragter seiner Fraktion sowie Vorsitzender des Nachhaltigkeitsbeirats des Bundestags und Präsident von Globe, einer internationalen Vereinigung für Umweltpolitiker, ist er bereits in vielen Politikfeldern aktiv. Nun hat der Familienvater noch eine Aufgabe mehr zu erfüllen, und es wird keine einfache werden. Auf Streit in der Landesgruppe muss er sich einstellen, doch Jung bewertet diesen ohnehin positiv. Er ist überzeugt, Streit bringe die Gruppe weiter. Aber die Erwartungen an ihn sind hoch. Für Infrastrukturprojekte, wie den Ausbau der Rheintalbahn oder der B31, die für unsere Region wichtig sind, will er sich noch vehementer einsetzen. Aber auch die Anliegen der zahlreichen mittelständischen Unternehmen und der Landwirtschaft aus Baden-Württemberg wollen Jung und seine Kollegen in Berlin gut vertreten. Sein Interesse für Politik entdeckte Jung als Jugendlicher. Als in Ostdeutschland 1989 Hunderttausende für Freiheit demonstrierten, realisierte der Schüler den hohen Wert der Demokratie. Er trat in die Junge Union ein und zog 2005 für die CDU in den Bundestag. Seitdem pendelt er zwischen Berlin und der Reichenau hin und her. JA

## KURZ GEFASST

## ZUSCHÜSSE

## Knapp sechs Millionen für den Landkreis

Rund 5,9 Millionen Euro Fördergelder aus dem Ausgleichsstock 2016 fließen in den Landkreis Lörrach. Von der Finanzspritze profitieren elf Gemeinden. 3,37 Millionen Euro stammen aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg, 2,48 Millionen kommen vom Bund. Wie das Landratsamt Lörrach am Dienstag mitteilte, hat der Verteilerausschuss beim Regierungspräsidium Freiburg über die Vergabe der Mittel entschieden. Folgende Projekte werden bezuschusst: Aitern (Hangsicherung Waldstraße 70 000 Euro), Hög-Ehrs-

berg (Kommunalfahrzeug mit Winterdienstgeräten, 200 000 Euro), Kandern (Neubau Kindergarten Im Forsthausgarten, 150 000 Euro), Kleines Wiesental (Sanierung und Brandschutz Nachbarschaftsschule, 580 000 Euro), Schopfheim (Neubau Mehrzweckhalle und Ortsverwaltung Wiechs, 400 000 Euro), Steinen (Sanierung Sporthalle, 600 000 Euro), Todtnau (Ausbau Parkplatz Rothausbahn, 130 000 Euro), Utzenfeld (Neubau Feuerwehrhaus, 350 000 Euro), Wieden (Ausbau Straße Untergraben, 250 000 Euro), Zell (Umgestaltung Bahnhofsumfeld mit Omnibusbahnhof und P & R, 240 000 Euro, Ausbau Straße Adelsberg-Blauen 400 000 Euro). DS

## VORTRAG Stress, Ängste und Erschöpfung

Ein Vortrag zum Thema „Stress, Ängste, Erschöpfung und Schlafstörungen bei Kindern und Erwachsenen“ findet am Donnerstag, 14. Juli, im Kulturzentrum Nellie Nashorn in Lörrach statt. Beginn ist um 19 Uhr. Anmeldung bei der Naturheilpraxis Michaela Frey, www.naturheilpraxis-michaela-frey.de oder Telefon 07621/163550 sowie bei der Pestalozzi Apotheke Lörrach, Telefon 07621/919890. DS

## GESCHLOSSEN Das Landratsamt mistet aus

Wer kennt das nicht – das elektronische Postfach quillt über und der Ablagekorb biegt sich schon durch, während das Telefon unermüdlich klingelt: Zum Sortieren, Ablegen oder Wegwerfen bleibt keine Zeit. Um den täglichen Arbeitsprozess zu optimieren und Platz für Neues zu schaffen, schließt das Landratsamt Lörrach die Häuser am Standort Palmstraße, die drei KFZ-Zulassungsstellen und das Kreismedienzentrum am Freitag, 15. Juli, um den seit 2012 etablierten und bewährten zweijährlichen Aufräumtag durchzuführen. Der interne Aktionstag dient zur weiteren Optimierung der Bürgerfreundlichkeit und Dienstleistungsorientierung. Für vereinbarte Termine oder Notfälle sind einzelne Mitarbeiter verfügbar. Um unnötigen Ballast erleichtert steht das Personal ab Montag, 18. Juli, wieder vollumfänglich zur Verfügung. DS



Im Februar lehnten die Schweizer die von der SVP lancierte Durchsetzungsinitiative ab. Doch 2010 wurde die Ausschaffungsinitiative angenommen, die rigorose Abschiebungsregeln für kriminelle Ausländer vorsieht, aber Härtefallprüfungen zulässt. Andreas Glaser vom Zentrum für Demokratie (kleines Foto) sagt: „Volksinitiativen beleben die Demokratie.“

FOTO: DPA

## Alle Macht dem Volk?!

Das **INITIATIVRECHT** der Schweiz gibt es seit 125 Jahren – Ziel ist die Verfassungsänderung

Volksinitiativen auf Bundesebene gibt es in der Schweiz seit dem 5. Juli 1891. Sie gelten als zentrale Stütze der direkten Demokratie – allerdings werden zunehmend Rufe nach Reformen laut. Andreas Glaser, Staatsrechtsprofessor an der Universität Zürich und Co-Direktor des Zentrums für Demokratie Aarau im Gespräch mit *Der Sonntag*.

Herr Glaser, vor vier Wochen sorgte die Schweizer Volksabstimmung über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für ein riesiges Medienecho – auch, weil es sich um die weltweit erste Abstimmung zu diesem Vorschlag handelte. Werden die Schweizer zu Recht um ihre direkte Demokratie beneidet?

Ja, ich denke schon. Die Schweizerische Volksinitiative ist eine Erfolgsgeschichte, weil die Stimmberechtigten selbst Debatten anstoßen können und so die Demokratie beleben.

Sie gilt neben dem Fakultativen Referendum als zweites direktdemokratisches Instrument der Schweiz. Wo liegt der Unterschied?

Das Fakultative Referendum existiert seit 1874 und ermöglicht es den Schweizern, gegen Gesetze der Parlamentsmehrheit vorzugehen: Wurde ein Gesetz verabschiedet oder geändert, können die wahlberechtigten Schweizer dann ein Referendum ergreifen. Damit es zu einer Volksabstimmung kommt, müssen 50 000 Unterschriften zustande kommen. Die Vorlage tritt in Kraft, wenn die Mehrheit des Volkes ja zu ihr sagt; sagt sie nein, gilt das bisherige Recht. Damit eine Volksinitiative zustande kommt, müssen in 18 Monaten 100 000 gültige Unterschriften gesammelt werden.

Das Referendum ist demnach lediglich reaktiv?

Genau, das Spektakuläre an der Volksinitiative ist ja, dass die Stimmberechtigten von sich aus ein Thema platzieren können, mit dem sich das Parlament gar nicht beschäftigt hätte. So kann ein Thema quasi am Parlament

vorbei an die Urne gebracht werden.

Die rechtskonservative Schweizerische Volkspartei (SVP) macht gerne mit polarisierenden Volksinitiativen auf sich aufmerksam. Seit 2009 wurden die SVP-Initiativen „Gegen den Bau von Minaretten“, „Für die Ausschaffung krimineller Ausländer“ und „Gegen Masseneinwanderung“ angenommen. Jedes Mal stand die SVP mit ihrem Begehren allein gegen alle übrigen Parteien, und jedes Mal siegte sie – obwohl ihr Wähleranteil nur bei 30 Prozent liegt. Ein Missbrauch des Initiativrechts?

Volksinitiativen können nicht nur von Bürgern, sondern auch von Interessenverbänden und Parteien ausgehen, insofern handelt die SVP völlig legal. Ich gebe auch zu bedenken: Selbst angenommene Begehren sind nicht der Weisheit letzter Schluss. Wurden innerhalb der vorgegebenen Zeit genug Unterschriften gesammelt, kommt der Vorschlag zur Änderung der Bundesverfassung – nichts anderes ist ja eine Volksinitiative – ins Parlament, das die Initiative annehmen, sie ablehnen oder einen Gegenvorschlag unterbreiten kann. Zu einer Volksabstimmung kommt es in jedem Fall, aber bei der Umsetzung kommt wieder das Parlament zum Zug.

Dennoch beschleicht einen das Gefühl, dass Parteien das Instrument der Volksinitiative nur nutzen, um öffentliche Aufmerksamkeit zu bekommen.

Na und? Letztendlich entscheiden ja die Stimmberechtigten. Die Durchsetzungsinitiative der

SVP wurde im Februar abgelehnt. Die SVP wollte in der Verfassung festschreiben, dass Ausländer auch bei geringfügigen Vergehen automatisch abgeschoben werden müssen – ohne Einzelfallprüfung und ohne Ermessensspielraum für einen Richter.

Dass die Schweizer diesem Vorschlag eine Absage erteilten, war einer schlagkräftigen Gegenbewegung aus der Zivilgesellschaft zu verdanken.

Für mich ein weiterer Beleg, dass die Demokratie funktioniert.

Vor zwei Jahren haben die Schweizer mit knapper Mehrheit der Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ zugestimmt, nach der Zuwanderungsquoten eingeführt und Arbeitsplätze zuerst an Schweizer vergeben werden, angeblich ohne dass dadurch die bestehenden Abkommen gekündigt werden müssten. Das stellte sich im Nachhinein als falsch heraus, weil die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU die Personenfreizügigkeit vorsehen und nun geändert werden müssten.

Das stimmt, noch heute ist völlig unklar, wie die Schweizer Regierung die Initiative umsetzen will. Dadurch wurde das Verhältnis der Schweiz zur EU belastet.

Ein Kritikpunkt ist, dass Volksinitiativen die Dinge in ihrer Komplexität nicht darstellen können. Als über das bedingungslose Grundeinkommen abgestimmt wurde, hatten die Stimmberechtigten nur die Möglichkeit, der Einführung zuzu-

stimmen oder sie abzulehnen.

Das stimmt, aber dieses Überforderungsproblem, wenn man es so nennen will, besteht ja für alle. Im Umkehrschluss müsste man allein die Politiker und Experten entscheiden lassen. In Deutschland wurde der Mindestlohn beschlossen – selbst die Experten aber konnten nicht vorhersagen, ob und wie viele Menschen ihre Arbeitsplätze in Folge verlieren werden. Im Zweifel plädiere ich weiter für die Volksinitiative, weil sich die Ergebnisse von Volksentscheiden genauso korrigieren lassen wie parlamentarische Entscheidungen, vielleicht ist das der Preis, den man für die Demokratie bezahlt.

Die Zahl der Volksinitiativen ist in den vergangenen Jahren nach oben gegangen – diskutiert wird deshalb, die Zahl der notwendigen Unterschriften auf bis zu 2 000 000 zu erhöhen.

Ja, knapp 70 Prozent der Begehren wurden erst in den vergangenen 30 Jahren eingereicht. Der Grund: Es ist viel einfacher geworden, die nötigen Unterschriften zu sammeln. Mussten 1891 noch 7,6 Prozent der Stimmberechtigten unterschreiben, sind es heute nur 1,9 Prozent. Allerdings ist das Sammeln heute, wo die meisten Schweizer von zu Hause aus per Briefwahl wählen, viel schwieriger geworden. Früher, als sie sich zur Urne begaben, konnte man bei dieser Gelegenheit auch die Unterschriften sammeln.

Es heißt, dass Schweizer Parlamentarier darüber klagen, dass zu viele Initiativen eingereicht würden.

Es ist richtig, dass sich viele Initiativen Scheindebatten oder Detailfragen widmen, andere aber lösen massive Veränderungen in der Schweiz aus. Denken Sie an die Proporzinitiative von 1919, in deren Folge das Mehrheitswahlrecht abgeschafft wurde. Seitdem werden die Nationalratswahlen nach dem Verhältniswahlrecht ausgeführt, die Sitze gerechter unter den Parteien verteilt und Minderheiten weniger benachteiligt. Seitdem gibt es in der Schweiz keine absoluten Mehrheiten mehr, stattdessen gibt es die Konsensdemokratie.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE NINA LIPP

## FAKTEN

**DAS EIDGENÖSSISCHE INITIATIVRECHT** wurde am 5. Juli 1891 von Schweizer Stimmbürgern und Kantonen angenommen. Seitdem können sich die Schweizer – seit 1971 auch Schweizerinnen – per Volksinitiative direkt in den verfassungsgebenden Prozess ihres Landes einbringen. 1892 wurde die erste Initiative für ein Schächtverbot eingereicht, die 1893 angenommen wurde. 200 Volksinitiativen kamen seither zur Abstimmung, 22 wurden angenommen. Das

Zentrum für Demokratie in Aarau (Kanton Aargau) ist eine gemeinsame Hochschuleinrichtung der Universität Zürich und der Fachhochschule Nordwestschweiz. Das ZDA befasst sich mit Grundlagenforschung und aktuellen Fragen zur Demokratie. Zusammen mit der baden-württembergischen Landesregierung hat der Kanton Aargau bereits drei grenzübergreifende Konferenzen zum Thema direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung veranstaltet. NIL